

Zeitschrift: Schweizerische Monatshefte für Politik und Kultur
Herausgeber: Genossenschaft zur Herausgabe der Schweizerischen Monatshefte
Band: 5 (1925-1926)
Heft: 12

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 18.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Politische Rundschau

Schweizerische Umschau.

Latein und Bildung. — Die schweizerisch-russischen Beziehungen.

Im Januar-Heft hat Herr Schacht über den Bildungswert des klassischen Unterrichts geschrieben. Er ist dafür eingetreten, Latein (und Griechisch), weil für unsern Bildungsgang weder mehr notwendig noch nützlich, aus jedem fünftigen Unterrichtsplan zu streichen. Herr Christ vertrat demgegenüber im letzten Heft den Standpunkt, daß auch heute noch den klassischen Sprachen ein großer Erziehungswert zukomme. Der Unterricht in ihnen schütze uns vor einem oberflächlichen Amerikanismus, sei unserm Geist eine vortreffliche Zucht und bewahre uns, indem er uns den Zusammenhang mit den Grundlagen unserer heutigen Kultur vermittele, damit einzig vor der Gefahr einer Überflutung durch fremde Gedankenwelten. Die Fragen, die in diesen beiden Aufsätzen erörtert wurden, rühren ohne Zweifel an die Grundlagen unseres ganzen geistigen, und weil das Geistige die Richtkraft des Leiblichen ist, auch unseres leiblichen, d. h. unseres Daseins als Volksgemeinschaft. Das mag es rechtfertigen — oder besser: macht es notwendig —, Fragen der Kultur auch in einer politischen Umschau zu beleuchten.*)

Die Schule hat eine Doppelaufgabe zu erfüllen. Sie soll zum Beruf vorbereiten und zugleich Kulturgut vermitteln, m. a. W. für den Kampf ums Dasein ausrüsten und zugleich den heranwachsenden Menschen in eine geistige Verbundenheit hineinstellen. Eine Bildung, die darin besteht, den einzelnen Menschen in den Besitz aller erdenklichen Mittel für einen erfolgreichen Kampf um sein persönliches Dasein zu setzen, und ihm geistige Werte nur so weit vermittelt, als sie diesem Zwecke dienlich sind, so daß Kultur an ihm nur etwas ist, das den Kreis seiner Selbstsucht wie ein Firnis überzieht, nennt man Amerikanismus. Herr Christ fürchtet, daß wir uns mit der Ausmerzungen desjenigen Teils aus unserer Bildung, den der Unterricht in den klassischen Sprachen bisher dazu beitrug, einem derartigen Amerikanismus nähern würden. Ist dieser Schluß wirklich zwingend?

Wir Jüngeren, d. h. die wir noch der Generation unter 40 Jahren angehören, haben kein inneres Verhältnis mehr zur Antike. Auch wenn wir das altsprachliche Gymnasium durchlaufen haben, nimmt in unserem Bewußtsein die „klassische Bildung“ einen verschwindend kleinen, wenn überhaupt noch einen Raum ein. Ihren Verlust würden wir daher als kaum merklich empfinden. Vor allem kaum als wirklichen Verlust, eher als Wegfall eines unorganischen Bestandteils unseres Bildungsinhaltes. Wir sind eben innerlich und äußerlich unter gänzlich anderen Verhältnissen aufgewachsen, als die Generation, die in den mittleren Jahrzehnten des vorigen Jahrhunderts „klassischen Geist“ noch in vollen Zügen in sich aufnahm. Schon die Generation, die heute zwischen 40 und 60 Jahren steht und jetzt in Staat und Geistesleben an der Herrschaft ist, hat zur klassischen Bildung kein organisches Verhältnis mehr gehabt. Schon an ihr haben wir, als sie noch unser Erzieher war, das Unverbundene und Unzusammenhängende ihres „Wissens“ empfunden. Und mehr und mehr erscheint sie uns heute als die Generation des vielen Wissens und — des wenig Könnens! Sie hat sich mannigfaltiges Wissen äußerlich angelernt, aber wenig innerlich angeeignet. Nicht das Leben hat Richtung und Umfang ihres Wissens bestimmt, Wissen ist ihr als Selbstzweck erschienen, und so hat sie einerseits den

*) Herr Schacht ersucht uns, zu den Entgegnungen von Herrn Christ auf seine Ausführungen noch anzumerken, daß er persönlich mit dem Latein keine unerfreulichen Schülererfahrungen gemacht und auch zum *accusativus cum infinitivo* nie in unsympathischem Verhältnis gestanden habe, sondern noch heute Latein und Griechisch zu seinem Vergnügen lese, aber darin keine Notwendigkeit erblicken könne, daß das andere Menschen auch tun müssen.

Zugang vom Wissen zum Leben verloren und führt anderseits ein Leben ohne die Begleitung des Wissens. Einem solchen Zustand gegenüber hat auf die Dauer der Amerikanismus oder die „Gefahr von Osten“ gewonnenes Spiel.

Folgt aus dem, daß die Schule künftig nur noch eine Aufgabe, die Ausrüstung für den Kampf ums Dasein, zu erfüllen habe? Im Gegenteil. Ihre Doppelaufgabe ist dringlicher als je, gerade wo der Daseinskampf in unserm überbevölkerten Erdteil immer mehr an Hast und Härte zunimmt. Nur darf ihr aus ihrer Doppelaufgabe nicht eine Doppelnatur werden, wie das in den vergangenen Jahrzehnten vielfach der Fall war. Ihre beiden Aufgaben, Berufsbildung und Hineinstellen des Menschen in eine geistige Verbundenheit, müssen aufeinander abgestimmt sein. Kultur als Inbegriff unserer geistigen Inhalte ist nichts vom beruflichen und staatlich-politischen Leben Losgelöstes. Vielmehr soll der Mensch aus seiner geistigen Verbundenheit, aus seinem Kulturbewußtsein heraus an das Berufs- und Staatsleben, an den Kampf ums Dasein, herantreten und diesem so erst Sinn und Beseelung verleihen. Umgekehrt muß die geistige Verbundenheit so beschaffen sein, daß sie sich im Kampf ums Dasein bewährt. Fehlt diese Wechselwirkung, dieses Aufeinanderbezogensein im Bildungsplan, dann zerfällt eben die vermittelte Bildung in zwei unorganische Bestandteile auseinander. Diese innere Einheit im Bildungsplan wieder herzustellen, ist die wahrhafte Aufgabe unseres Geschlechts. Und in diesem Zusammenhang stellt sich dann auch die Frage: Ist der klassische Unterricht berufen, in diesem Einheitsplan noch eine Rolle zu spielen?

In dem halben Jahrhundert, seit der klassische Unterricht seinen Höhepunkt überschritt, hat sich der Wissenskreis der abendländisch-mitteleuropäischen Völker gewaltig erweitert. Nicht nur ist die Kenntnis der vorklassischen Kulturkreise der Mittelmeerländer ungeahnt vertieft und für eine Umwertung des klassischen Zeitalters selbst ausschlaggebend geworden. In unserm Bewußtseinsinhalte nehmen heute auch die großen Kulturen Mittel- und Ostasiens einen bedeutenden Raum ein, und gerade für das wachsende religiöse Bedürfnis unserer Zeit spielt diesen gegenüber das religiös vorwiegend indifferente klassische Griechen- und Römertum eine ganz verschwindend kleine Rolle. Alles das hat auch unser Urteil über die Grundlagen und Ursprünge unserer heutigen Kultur unbefangener gemacht, und wir sind jetzt weit davon entfernt, uns geistig weiterhin als Abkömmlinge der griechisch-römischen Antike anzusehen. Mit vollem Recht. Denn mag auch das Mittelalter durch übernommene Formen mit der Staatlichkeit und Geistigkeit des untergegangenen römischen Weltreichs in Zusammenhang gestanden und insbesondere die lateinische Sprache als Übermittler antiken Kulturgutes gedient haben, der Lebensimpuls, der in diesen übernommenen Formen wirkte, die eigentliche Beseelung, war gänzlich unrömischen Ursprungs. Die Bewegungen aber, aus denen unsere eigene eidgenössische Staatlichkeit und unser geistiges Eigenwesen hervorgegangen ist, und in denen wir die Grundlagen unserer zeitgenössischen Existenz erblicken müssen, sind auch in der Form ohne jeden Zusammenhang mit der römisch-griechischen Antike. Oder in was etwa sollten die Bauern der Waldstätte an römische Überlieferung angeknüpft haben, als sie durch ihren Freiheitskampf den Anfang zur heutigen Eidgenossenschaft legten und sich dabei in ihren Urkunden zum ersten Mal der angeborenen Volkssprache und nicht der übernommenen lateinischen Bildungssprache bedienten? Waren es ferner nicht die Reformatoren, wie Zwingli u. a., die die religiösen Vorstellungen ihres Volkes aus den erstarrten römischen Formen lösen und in eigene Formen gießen wollten? Und sind schließlich unsere Geistesgewaltigen aus jüngerer Zeit, die Pestalozzi, Gotthelf, Keller, die Niklaus Manuel, Böcklin, Hodler denn irgendwie mit dem Geist der griechisch-römischen Antike verbunden? Oder wurzeln sie nicht ganz einfach in ihrem Volk und schöpfen aus dessen Seele und Gemüt? — Nein, „Grundwasser“ ist das Griechen- und Römertum unserer Geistes- und Gemütswelt nicht. Die klassische Bildung war nie mehr und ist nicht mehr als eine Angelegenheit einer Schicht von Gelehrten, als eine Art Gelehrsamkeit, die ihre großen Verdienste um die Förde-

rung mancher Wissenschaften hat, die aber nie selbst Herzens- und Persönlichkeitsbildung war und auch nicht Bildungsmittel sein kann für die kleine Auslese derer, die ihrer Volksgemeinschaft im staatlichen und geistigen Leben führend voranzugehen berufen sind.

Darum finden wir auch die Vertiefung und Verinnerlichung, deren unsere Zeit so sehr bedarf, nicht durch eine erneute Versenkung in den Geist des klassischen Altertums oder durch Beibehaltung wenigstens der bisherigen Beschäftigung damit. Alles das entfernt uns nur von uns selbst und erhöht die Gefahr, daß diejenigen, die auch geistig-seelisch zur Führung ihres Volkes berufen wären, den Zusammenhang mit diesem verlieren und dessen geistige Leitung mehr und mehr der Halbbildung und der religiösen Charlatanerie überlassen müssen. Die Stunde ist ernst! Wir müssen den Mut zur Einseitigkeit aufbringen und uns rücksichtslos von vertraut gewordenen Anschauungen trennen, wenn die Not der Zeit es erfordert. Und sie erfordert es! Unser Kulturkreis läuft Gefahr, in der Vielheit seines Wissens zu ertrinken. Das Maß dessen, was der einzelne Mensch in sich aufnehmen und sich wirklich innerlich aneignen kann, ist längst überschritten. Weil wir zu viel wissen wollen, wissen wir gar nichts mehr! Wir sollten wieder an das Beispiel des Feldherren denken lernen, der unter vielen Plänen, wie er eine Schlacht schlagen kann, einen einzigen auswählen und diesen allein und unentwegt verfolgen muß, wenn er den Sieg an seine Fahnen heften will. Ist unser Dasein doch ein einziger großer Kampf, und jeder Mensch ist an dem Platz, wo ihn das Leben hinstellt, gewissermaßen ein kleiner Schlachtenlenker. Und wie der Feldherr, wenn er sich für einen Plan entscheidet, damit alle die Möglichkeiten aus der Hand gibt, die ihm die Ausführung der anderen Pläne geboten hätte, so müssen wir uns für eine Art der Bildung entscheiden, auch wenn uns dadurch manches verloren geht, was uns auch als wertvoll erschienen wäre. Wer mehrere Pläne zugleich verfolgen will, weil er sich von den verlockenden Möglichkeiten aller nicht trennen kann, ist ein schlechter Feldherr. Und wir sind schlechte Erzieher und Führer, wenn wir, am Vielen hängend, uns nicht für das Eine und Notwendige entscheiden können.

Es bleibt uns, auch wenn wir die geistige Verbundenheit des heranwachsenden Menschen ausschließlich auf der Grundlage der Muttersprache und der Kultur- und Gemütswerte der eigenen Volksgemeinschaft herstellen, noch genug Raum für die Vermittlung anderer „Gedankenwelten“. Unsere Bildung soll wahrlich nicht eng und vom Reichtum ausgeschlossen sein, den das Wissen um andere Kulturen verleiht. Aber gerade zu einem derartigen Wissen, wenn es ein wirkliches Wissen, und nicht ein bloßes Schein- und Vielwissen sein soll, kann man nur auf dem Weg über das Wissen seiner selbst gelangen, m. a. W. nur wer das geistige Wesen — die Persönlichkeit — seiner Volksgemeinschaft in sich voll und bewußt erlebt und durch sich selbst zum Ausdruck bringt, kann sich wirklich in das Wesen anderer Völker und Kulturen einfühlen. In diesem Sinne soll in unserer Bildung dem klassischen Altertum sein Platz eingeräumt werden, genau wie dem vor-klassischen und den Kulturkreisen Asiens. Die Erlernung der griechischen und lateinischen Sprache ist dazu dann aber so wenig notwendig, wie die Erlernung der chaldäischen, indischen oder chinesischen. Das kann demjenigen überlassen bleiben, der Fachstudien treiben und die Wissenschaft über diese Dinge fördern will. Für unsere Bildung kann die Erlernung dieser Sprachen kein aufbauendes Element mehr abgeben.

Wir sind uns bewußt, mit unseren Darlegungen in starken Gegensatz zu den Auffassungen zu treten, wie sie heute an den Hochburgen unseres Erziehungs- und Bildungswesens, an unsern Hochschulen, noch vorherrschen. Sei es! Auch unsere Hochschulen haben eine Doppelaufgabe zu erfüllen. Sie werden aber heute nur noch der einen gerecht. Sie vermitteln Berufswissen, lassen Gelehrte und Fachleute aus sich hervorgehen, aber sie erziehen dem Volk keine Führer. Und doch, wie unendlich viel wichtiger wäre es, sie schenken dem Land jährlich zehn Führer als hundert Gelehrte und Fachleute. Aus der

aussterbenden Generation der geistigen und politischen Führerpersönlichkeiten, die unser Land unverfehrt durch die Erschütterungen des Weltkrieges geführt haben, ertönen Warnrufe an das jetzt am Regiment stehende Geschlecht. Wahrlich mit Recht! Dessen geistige Welt ist in voller Auflösung begriffen. Ohne inneren Halt steht es jedem Ansturm fremder Geistigkeit, komme er vom Osten oder über den Ozean vom Westen her, offen. Darum allerdings tut es Not, Sorge zu tragen, daß das heranwachsende Geschlecht in geistige Verbundenheit gestellt und wieder zu seelischer Tiefe erzogen werde. Dazu ist aber die Erlernung der alten Sprachen und die Vermittlung der griechisch-römischen Gedankenwelt kein Weg mehr.

* * *

Seit sieben Wochen nehmen die schweizerisch-russischen Beziehungen in der öffentlichen Diskussion einen großen Raum ein. Bisher tappte man über die wirklichen Hintergründe des dabei reichlich entwickelten Lärms ziemlich im Dunkeln. Jetzt haben die Ausführungen, die Bundesrat Motta soeben im Nationalrat als Antwort auf die Interpellationen Vallotton und Huber gemacht hat, einigen Aufschluß gebracht, wenn auch nicht einen so vollständigen, daß man die letzten Fäden dieses nicht ganz einfachen diplomatischen Spiels der letzten zwei Monate eindeutig erkennen könnte.

Drei Spieler sind am Spiel beteiligt gewesen. Die Schweiz, Rußland und Frankreich. Die aktivste Rolle dabei spielte Frankreich. Fast ausschließlich passiv war diejenige der Schweiz. Wenig klar sind die eigentlichen Absichten, die die französische Regierung verfolgte. Sie stehen aber zweifellos in engem Zusammenhang mit Frankreichs allgemeiner internationaler Politik. Nur ist diese gegenwärtig auch keineswegs so, daß man sie auf eine einfache Formel bringen könnte. Festzustehen scheint nach den Akten, die Bundesrat Motta im Nationalrat auszugsweise der schweizerischen Öffentlichkeit zur Kenntnis brachte, nur so viel, daß im Anschluß an die Beschlußfassung des in der ersten Dezemberwoche tagenden Völkerbundsrates — auf den 15. Februar nach Genf eine Vorkonferenz für die Abrüstungsfrage einzuberufen — schon in der zweiten Dezemberwoche in Moskau zwischen dem dortigen französischen Botschafter, Herbet, und der russischen Regierung Verhandlungen über die Teilnahme Rußlands an dieser Konferenz stattfanden. In diesen Verhandlungen spielte u. a. auch das russisch-schweizerische Verhältnis eine Rolle. In einer Note vom 12. Dezember berichtete Herbet an seine Regierung nach Paris, daß die russische Regierung eine Beileidsklärung der schweizerischen Regierung für die Ermordung Worowskis vermissen und daß sie beabsichtige, bei Anlaß der Genfer Vorkonferenz ihre offizielle Anerkennung durch die Schweiz zu verlangen. Aus den von Bundesrat Motta mitgeteilten Daten geht weiter hervor, daß auch zwischen dem russischen Botschafter in Paris, Rakowski, und dem französischen Außenminister eine Unterredung über diesen Gegenstand stattfand, desgleichen eine Unterredung des inzwischen nach Moskau gereisten Rakowski mit Herbet (am 23. Dezember).

Ob die schweizerische Regierung von diesen die Schweiz sehr nah angehenden Dingen Kenntnis erhielt, ist aus den Angaben des Vorstehers des Politischen Departementes nicht zu entnehmen. Nach diesen Angaben hätte der Bundesrat bloß „im Laufe des Dezembers durch offiziöse Mitteilung des Völkerbundssekretariates vernommen, daß man sich in Völkerbundskreisen mit den Schwierigkeiten beschäftige, die die Sowjetregierung hinsichtlich des Versammlungsortes in den Weg legen könnte.“ Als Antwort darauf ließ der Bundesrat seinen Brief vom 30. Dezember an das Völkerbundssekretariat abgehen, in dem er diesem mitteilte, daß seinerseits einer Teilnahme russischer Vertreter an der Konferenz in Genf nichts im Wege stehe und daß diese in Genf den gleichen Schutz genießen würden wie die Delegierten irgend eines anderen Staates. Er erhielt unterm 2. Januar vom Völkerbundssekretariat eine Empfangsbestätigung seines Schreibens und beiliegend zur Kenntnisnahme einen Brief des französischen Außenministers an den Völkerbundssekretär vom 26. Dezember und die oben erwähnte Note des französischen Botschafters in Moskau

an die Pariser Regierung vom 12. Dezember. In dem Brief des französischen Außenministers war dem Völkerbundsekretär nahegelegt, die von der Sowjetregierung gegen eine Beteiligung in Genf erhobenen Einwendungen „mit dem Vorsteher des Politischen Departements zu besprechen und die Möglichkeit einer Regelung ins Auge zu fassen“. Zu einer derartigen Besprechung zwischen dem Vertreter des Völkerbundes und dem Vorsteher des Politischen Departements kam es indessen nicht. Vielmehr wandte sich jetzt die französische Regierung direkt, ohne Vermittlung des Völkerbundsekretärs, an die Schweiz. Am 4. Januar stellte der französische Botschafter in Bern, Genesly, bei einem „diplomatischen Essen“ an den Vorsteher des Politischen Departements die Frage, ob die schweizerische Regierung Wert darauf lege, daß die Konferenz in Genf stattfindet und daß Rußland daran teilnehme. Ob nun der französische Botschafter aus der bejahenden Antwort, die er auf diese Frage erhielt, von sich aus den Schluß zog, daß der Schweiz eine Intervention Frankreichs in die schweizerisch-russischen Beziehungen erwünscht sei, oder ob im weiteren Verlauf seines Gespräches mit dem Vorsteher des Politischen Departements wirkliches Einverständnis darüber erzielt wurde, kann aus den Angaben von Bundesrat Motta im Nationalrat nicht ersehen werden. Fest steht nur, daß die französische Regierung bereits am 7. Januar dem Vorsteher des Politischen Departements die Bedingungen mitteilte, unter denen Rußland seine Gegnerschaft gegen Genf fallen lassen würde. Diese Bedingungen erschienen nun dem Vorsteher des Politischen Departements — wie dieser im Nationalrat ausführte — von so großer Tragweite, daß er dem Gesamtbundesrat davon glaubte Kenntnis geben zu müssen. Damit erst wurde der Gesamtbundesrat vor die Frage gestellt, ob er dem Wunsch der französischen Regierung, bestimmend in das schweizerisch-russische Verhältnis einzugreifen, willfahren wolle oder nicht. Er entschied sich für das erstere.

Ohne Zweifel war dieses Eingehen auf die französischen Absichten der entscheidende Schritt des Bundesrates in dieser ganzen Angelegenheit. Was den Bundesrat dazu veranlaßt hat, d. h. welches die Gründe waren, die ihn bewogen, von seinem bisherigen Standpunkt — das augenblickliche schweizerisch-russische Verhältnis sei kein Hindernis für eine russische Beteiligung in Genf — abzugehen, haben die Darlegungen von Bundesrat Motta nicht eindeutig geklärt. Glaubte er wirklich, dem Völkerbund diese Rücksicht schuldig zu sein, wie einige dem Politischen Departement nahe stehende Blätter es bald nachher darstellten, dabei aber auf die fast einmütige Ablehnung der schweizerischen Presse, ganz besonders der welschschweizerischen, stießen? Oder glaubte er ernstlich, daß für das schweizerisch-russische Verhältnis etwas Ersprießliches herausschaue, wenn er unter für ihn so ungünstigen Umständen — die russische Regierung wußte genau, daß er es unter äußerem Druck und nicht aus eigener Initiative tat — der Wiederaufnahme von Verhandlungen zustimmte? Oder glaubte er schließlich, dem französischen Drängen angesichts des traditionellen schweizerisch-französischen Verhältnisses nicht widerstehen zu können, um so mehr, als in dem Zeitpunkt, in dem die Frage für ihn zur Entscheidung stand, die französischen Bestrebungen schon sehr weit fortgeschritten und der Vorsteher des Politischen Departements sich auch schon weitgehend darin verwickelt hatte?

Wie dem auch sei, die französische „Vermittlung“ wurde angenommen und es haben während fünf Wochen Verhandlungen stattgefunden, die jetzt schließlich ergebnislos abgebrochen worden sind. In rußlandfreundlichen englischen Blättern ist die Andeutung gemacht worden, daß die Verständigung u. a. auch durch eine von der französischen Regierung angeregte Formel erschwert worden sei. Auch in dem als russophil geltenden Pariser „Matin“ hat Sauerwein an der Art der französischen „Vermittlung“ Kritik geübt. Darnach wäre Frankreich „aus seiner Rolle eines einfachen Übermittlers herausgetreten“ und der französische Gesandte in Bern hätte „vom ersten Tag an die Fragen falsch gestellt und so den Sowjets eine Versuchung gegeben, der sie nicht widerstanden sind“. Daß es sich in der Tat bei der „Vermittlung“ der französischen Regierung um mehr als eine bloße Vermittlung gehandelt hat, geht auch aus den Ausführungen von Bundesrat Motta im Nationalrat hervor. Zwar versichert der Vorsteher des

Politischen Departements dort, daß die französische Regierung „nie aus ihrer Rolle eines peinlich unparteiischen Vermittlers heraustreten wollte“. Im gleichen Atemzug schildert er aber, wie sie „nicht voll und ganz auf unsere (des Bundesrates) Anschauungen einging“. Wäre die französische Regierung wirklich nur Vermittler zwischen Bern und Moskau gewesen, dann hätte sie die schweizerischen Anschauungen ohne weitere Zutat nach Moskau zu leiten, aber nicht nach eigenem Belieben „darauf einzugehen oder nicht einzugehen“ gehabt. Bei einer solchen Handhabung der „Vermittler“-Tätigkeit hat der „Vermittler“ es letzten Endes in der Hand, den Verlauf und Ausgang der Verhandlungen nach seinem eigenen Gutdünken, d. h. wie es seinen Interessen entspricht, zu bestimmen. Er ist der Hauptspieler, die Verhandlungs-Parteien werden zu bloßen Nebenfiguren. Und so war es auch in diesem jüngsten diplomatischen Intermezzo zwischen Bern-Paris-Moskau. Entsprechend sind die Verhandlungen auch nicht in der sonst üblichen Form eines Notenaustausches erfolgt, sondern als mündliche Besprechungen mit dem Vermittler unter Anlehnung an schriftlich festgelegte Denkschriften. Und entsprechend kann nicht dokumentarisch nachgewiesen werden, was nun wirklich in den Verhandlungen gegangen ist und welchen Anteil die Tätigkeit des Vermittlers dabei hat. Die russische Regierung behauptet bekanntlich, die schweizerische Regierung habe von Mal zu Mal den Wortlaut ihrer Bedingungen im Sinne einer Verschärfung geändert; der Bundesrat versichert, stets bis an die Grenze des für die Schweiz Möglichen gegangen zu sein. Auffallend ist auf jeden Fall, daß es Mitte Januar schien, als ob die Verhandlungen in kürzester Zeit zu einem positiven Ergebnis führen würden. Tatsache ist ferner, daß die anfangs der Wiederaufnahme von Verhandlungen günstige Stimmung unserer Presse und Öffentlichkeit gegen Ende Januar in ihr Gegenteil umschlug, wobei die Presse der französischen Schweiz den Ton angab, und zwar in einer Art, die einiger Verwunderung rufen mußte. Konnte man doch dort in Blättern, die sonst durch dick und dünn mit dem Völkerbund gehen, lesen, die Schweiz solle eher aus dem Völkerbund austreten, als unter seinem Druck die russischen Bedingungen annehmen, wobei man mit vollem Recht Zweifel hegen kann, daß solche Äußerungen jemals ernst gemeint gewesen sind. Im Zusammenhang mit all dem ist dann auch die Vermutung aufgetaucht, der französischen Regierung sei es gar nicht unangelegen gekommen, daß die schweizerisch-russischen Verhandlungen nicht vom Fleck rückten, habe sie so doch einen bequemen Vorwand gehabt, für die ihr unerwünschte Abrüstungskonferenz eine Verschiebung zu beantragen. Vollständige Klarheit über die Absichten, die die französische Regierung in Wirklichkeit mit ihrer „Vermittler“-Tätigkeit verfolgte, dürfte aber kaum jemals — eben mangels entsprechender Dokumente — zu gewinnen sein.

Das gleiche gilt natürlich für die russische Regierung, deren Absichten bei dem ganzen Handel auch keineswegs eindeutig erkennbar sind. Als wenig wahrscheinlich muß es aber doch bezeichnet werden, daß die Sowjetregierung von vorneherein ihre Bedingungen für eine Teilnahme in Genf nur deswegen gestellt habe, um einen Vorwand gegen diese Teilnahme zu besitzen. Die russischen Bedingungen waren keineswegs so, daß eine Verständigung mit der Schweiz von Anfang an aussichtslos erscheinen konnte. Sonst wäre seitens der Schweiz doch wohl auch nie auf die Verhandlungen eingetreten worden. Vielmehr ist der Eindruck, den man gewinnt, der, daß die russische Regierung in der Einladung des Völkerbundsrates zur Teilnahme an der Genfer Konferenz einen geeigneten Anlaß sah, die Beziehungen mit unserm Land unter ihr günstigen Umständen wieder aufzunehmen, ja der Schweiz unter Ausnützung des Druckes, dem sie seitens des Völkerbundes unterstand, die offizielle Anerkennung der Sowjetregierung abzunötigen. Angenommen, diese Auffassung wäre richtig, so wäre dabei noch nichts Illoyales. Der Fehler läge vielmehr auf unserer Seite, daß wir diese Absicht nicht rechtzeitig durchschaut oder — was wahrscheinlicher — einfach bedenkenlos dem französischen Drängen nachgegeben und uns in Verhandlungen eingelassen haben, die unter diesen Umständen zu keinem Ergebnis führen konnten, es sei denn, daß die Schweiz sich unwürdig vor der Sowjetregierung gedemütigt hätte. Die Annahme, daß die russische Regierung

ein wirkliches Interesse und Bedürfnis hat, die Beziehungen mit der Schweiz wieder aufzunehmen, ist durch die bisherigen Verhandlungen keineswegs widerlegt worden. Ebenso dürfte feststehen, daß auch auf schweizerischer Seite dieses Interesse der Wiederaufnahme von Beziehungen mit Rußland vorhanden ist, wobei den schweizerischen Interessen vorerst mit Beziehungen handelspolitischer Natur vollauf gedient wäre. Es ist daher auch gar nicht unwahrscheinlich, daß direkte Verhandlungen zwischen Bern und Moskau in absehbarer Zeit zu einem Ergebnis führen, das beiden Ländern die gewünschten Vorteile bieten würde.

Der Schaden, den die Schweiz mit dem vorläufigen Abbruch der Verhandlungen erlitten hat, ist also nicht riesengroß. Andererseits besteht auch kein Anlaß, daß wir uns in die Haltung des Siegers werfen oder uns unserer Festigkeit, die wir wieder einmal bewiesen hätten, rühmen. Gewiß ist es etwas Schönes um die Festigkeit in außenpolitischen Dingen. Wenn wir sie nur nicht auch hier wieder an die falsche Adresse gerichtet hätten. Damals, Anfangs Januar, als Frankreich uns in dieses Abenteuer hineindrängen wollte, wäre Festigkeit am Platze gewesen. Jetzt, nachdem die Sache schief gegangen ist, sich gegenüber dem einige tausend Kilometer entfernten Verhandlungsgegner seiner Festigkeit rühmen, heißt nichts anderes, als mit lauten Worten das Bewußtsein der eigenen Niederlage übertönen wollen. „Erhobenen Hauptes darf die Schweiz vor Europa und der Welt erscheinen“, liest man da in einem gouvernementalen Blatt. Wir sähen an Stelle des erhobenen Hauptes lieber ein stilles Insichgehen und sich Besinnen auf altüberlieferte Leitsätze schweizerischer Außenpolitik: Keine Einmischung in fremde Handel und keine fremde Einmischung in unsere eigenen Handel! Wir wünschen dem Völkerbund bei seinem Bestreben, eine Gruppe von übermäßig gerüsteten Landmächten abzurüsten, alles Gute. Solange sein Tun uns nicht direkt berührt, geht uns das aber nichts an! (Der Umstand, daß die Konferenz in Genf stattfinden soll, kann uns nicht direkt berühren; sie kann übrigens auch ebenso gut anderswo stattfinden!) Ferner: Haben wir mit einem anderen Staat einen Anstand, so schaffen wir diesen aus eigener Initiative, nicht auf äußeren Druck hin, und niemandem zuleid und niemandem zuliebe als nur uns selber, und ohne die freundschaftliche Vermittlung eines Protektors, aus der Welt. So einzig dienen wir den eigenen Interessen! Andernfalls sind wir nur Werkzeug fremder Interessen!

Zürich, den 20. Februar 1926.

Hans Dehler.

Zur politischen Lage.

Die Macht der Tatsachen. — Das Problem des Bevölkerungszuwachses in Italien. — Ausdehnungspläne im Mittelmeergebiet. — Südtirol und die italienische Politik. — Die Haltung der Schweizerpresse.

Noch wirken die Eindrücke des Weltkrieges nach. Man hat nirgends Lust, eine Wiederholung dieser Ereignisse zu erleben. In den breiten Massen ist deshalb das Streben überall verbreitet, neue Kriege zu vermeiden. Auch die leitenden Kreise kommen dieser Stimmung entgegen. Überall gebärden sich Regierungen und Parlamente äußerst friedfertig. Schade nur, daß der Masse der schönen Worte und Gebärden so wenig Taten entsprechen. Wie langsam geht es mit der Abrüstung vorwärts. Man fragt sich manchmal sogar, ob man damit überhaupt irgendwie vorankomme. Wie wenig ernsthafte Bestrebungen sieht man, die eigentlichen Ursachen der dauernden Beunruhigung Europas wegzuräumen. Auch die Pazifisten, die es mit ihren Ideen wirklich ernst meinen, gehen da meist recht wunderliche Wege. Es genügt ihnen, gegen die unmittelbaren Kriegsgefahren und Kriegsdrohungen Front zu machen. Sie drängen darauf, daß man sich durchweg einfach mit den heutigen Zuständen abfinden soll. Jeder, der eine Änderung derselben anstrebt, wird kurzweg als Ruhestörer

und Friedensfeind angesehen. Das sind gefährliche Täuschungen. Sie laufen im Grunde genommen auf nichts anderes hinaus, als auf die Verewigung eines für einzelne europäische Staaten sehr günstigen, für andere ebenso ungünstigen Zustandes. Man will nicht eine gewisse Gleichgewichtslage verewigen, sondern den Augenblick völliger Ohnmacht des einen Teiles und schrankenloser Allmacht des andern. Und man glaubt dabei, mit einzelnen formellen Zugeständnissen alles ins Blei zu bringen. Es steht völlig außer Zweifel, daß man mit dieser Taktik für den Augenblick einen gewissen Erfolg erzielen wird. Ebenso sicher ist es aber, daß man dabei starke Kräfte gewaltsam zurückbindet, die sich früher oder später in einer schweren Entladung wieder freie Bahn brechen werden. Eine dauernde Befriedung Europas wird sich nur dann erzielen lassen, wenn es gelingt, den vorhandenen Kräften auch eine entsprechende Betätigungsmöglichkeit zu schaffen.

Die Übelstände sind in dieser Beziehung heute in Europa geradezu ungeheuerlich. Für die dichtbevölkerten Industrieländer fehlt infolge der Störungen des Wirtschaftslebens durch den Krieg vielfach der Absatz ihrer Erzeugnisse. Wir fühlen das in der Schweiz selbst deutlich genug. Viel schärfer macht es sich in England seit mehreren Jahren und in Deutschland seit dem vergangenen Herbst geltend. Immerhin sind das Erscheinungen, die hoffentlich mit der fortschreitenden Beruhigung der Welt wenigstens zu einem ansehnlichen Teile behoben werden können. Ganz anders steht es aber mit dem Abschub des europäischen Bevölkerungsüberschusses. Seit einem Jahrhundert ist die Einwohnerzahl unseres Erdteils in früher nie gekannter Weise angestiegen. Auch in dem Lande des schwächsten Geburtenüberschusses, in Frankreich, hat sie sich annähernd verdoppelt. Im Mittel- und Nordeuropa, besonders aber im Osten treffen wir Vermehrungen bis zum zehnfachen in einem Jahrhundert an. Dabei ist gleichzeitig der Abfluß nach Übersee immer offen gestanden und sehr stark benützt worden. Nord- und Südamerika, Australien, schließlich Süd- und Nordafrika haben ununterbrochen gewaltige Massen aus allen europäischen Ländern aufgeschluckt. Es leben zum Beispiel heute bedeutend mehr Irländer in den Vereinigten Staaten als in Irland selbst. Das ist nun freilich das krassste Beispiel. Aber es gibt in den Vereinigten Staaten auch mindestens 20—25 Millionen Menschen deutscher Abstammung. Ähnlich ist das Verhältnis für die skandinavischen Staaten, für England u. s. w. Dabei haben gerade diese Länder selbst im vergangenen Jahrhundert eine sehr starke Entwicklung erlebt. Heute ist für sie keine Aussicht vorhanden, wenigstens vorläufig, ihre Wirtschaft in dem gleichen Tempo weiter zu entwickeln. Im Gegenteil, es fragt sich, ob auf die Dauer auch nur der heutige Stand behauptet werden kann. So sieht man sich allenthalben nach Möglichkeiten um, den Bevölkerungszuwachs oder den Teil der heutigen Bewohner, der sein Auskommen nicht mehr findet, irgendwohin abzuschieben. Damit steht es aber sehr schlecht. In vielen überseeischen Gebieten, die sich als Siedlungsländer für Europäer eignen, ist heute ebenfalls keine Verwendung mehr für neue Zuwanderer. Die Vereinigten Staaten z. B. haben die Einwanderung außerordentlich eingeschränkt, ja fast völlig unterbunden. Damit wird die Frage der Unterbringung des europäischen Bevölkerungsüberschusses immer schwieriger. Dazu kommt nun ferner noch die Tatsache, daß gerade die mitteleuropäischen Länder mit starkem Geburtenüberschuß selbst keine Siedlungsgebiete in überseeischen Erdteilen besitzen. Sie können also auch beim besten Willen selbst sozusagen nichts erreichen. Welche politischen Folgen aber eine derartige unerträgliche Spannung hat, die sich mit elementarer Wucht verstärken muß, das zeigt die Politik Japans in den jüngsten Jahrzehnten. Krampfhaft sucht man in dem Inselreich auf allen Seiten nach Möglichkeiten zur Verwendung des sehr starken Bevölkerungsüberschusses. Das führt fortwährend zu politischen Zusammenstößen und zur Verfeindung mit allen Nachbarn. Ähnlichen Spannungen gehen wir in Europa mit raschen Schritten entgegen.

* * *

Wohl am stärksten unter den europäischen Ländern empfindet diese Spannung heute schon Italien. Das Land hat seit Jahrzehnten einen starken Ge-

burtenüberschuß. Heute steht es damit so ziemlich an der Spitze der mittel- und westeuropäischen Länder. Seine Bevölkerung wächst jedes Jahr um annähernd 800,000 Köpfe. Das Land selbst ist arm an Bodenschätzen. Seine wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten sind also begrenzt. Seit vielen Jahrzehnten mußte deshalb eine starke Auswanderung den nötigen Ausgleich schaffen. Italien war vor dem Weltkrieg das Land mit der stärksten Auswanderung. Hunderttausende strömten alljährlich nach den Vereinigten Staaten, nach Brasilien, Uruguay und Argentinien ab. In der nordamerikanischen Einwanderung rückten die Italiener immer mehr an erste Stelle. In Südamerika stellten sie schon seit langem den weitaus höchsten Anteil am Bevölkerungszufluß. Ganze weite Landschaften in der neuen Welt erhielten auf diese Weise eine italienische Bevölkerung. Diese Auswanderer wurden jedoch, besonders in Nordamerika, rasch in dem allgemeinen Völkerbrei eingeschmolzen. Daneben aber hatte Italien eine sehr starke vorübergehende Auswanderung, eine Erscheinung, der man im übrigen Europa wenig begegnete. Sie war besonders in Norditalien im Schwunge. Wir Schweizer kennen sie aus eigener Erfahrung zur Genüge. Durch diese Auswanderung vermochte Italien nicht nur seine überschüssige Bevölkerung ziemlich reibungslos abzuschieben, sondern es gewann auch durch die Ersparnisse der Auswanderer alljährlich sehr erhebliche Geldmittel. So erreichte die Auswanderung in der italienischen Wirtschaft eine sonst nirgends erreichte Bedeutung.

Seit dem Weltkrieg hört diese Auswanderung mehr und mehr auf. Die überseeischen Länder sperren sich dagegen ab oder bilden infolge der mißlichen Verhältnisse kein erwünschtes Ziel mehr. In den Vereinigten Staaten wanderten 1914 283,700 Italiener ein, 1924/25 — 2678! Die Rückwanderung dagegen betrug 1924/25 zirka 25,000 Personen. In den europäischen Ländern, dem Gebiet der vorübergehenden Auswanderung, ist Mitteleuropa samt der Schweiz gänzlich ausgeschaltet. Einen gewissen Ersatz bietet dafür lediglich das immer menschenärmer werdende Frankreich. Tatsache aber ist es, daß die italienische Auswanderung nach und nach versiegt. Der Menschenzuwachs konnte unterdessen in der mächtig emporgeblühten Industrie untergebracht werden. Aber diese Entwicklung hat ihre Grenzen. Es ist sogar leicht möglich, daß einmal ein empfindlicher Rückschlag eintreten wird. Für solche Fälle besaß man früher in der Auswanderung ein stets offenes Ventil. Diese Möglichkeit fehlt für die Zukunft. Damit erwächst für die italienische Regierung eine immer brennendere Aufgabe. Man wird mit allen Mitteln versuchen müssen, für den Bevölkerungszuwachs auch in wirtschaftlich ungünstigern Zeiten Platz zu schaffen.

Für das heutige faschistische Italien kommt zu diesen Erwägungen sicherlich noch eine andere. Bisher ist der Bevölkerungszuwachs des Landes regelmäßig zu einem ansehnlichen Teile verloren gegangen. Er ist in den überseeischen Gebieten oder in den europäischen Auswanderungsländern im fremden Volkstum untergegangen. Im günstigsten Falle hält sich die italienische Sprache und Art in geschlossenen überseeischen Siedlungskolonien wie in den Südstaaten Brasiliens. Aber auch in diesem Falle stehen die Leute durchaus nicht mit allen ihren Kräften zur Verfügung des italienischen Staates. Schließlich werden sie ebenfalls in ihrer fremden Umgebung aufgehen. Das ist sicher für das heutige nationalistisch überhitzte Denken der leitenden Kreise Italiens ein sehr unerfreulicher Gedanke.

Aus allen diesen Erwägungen heraus begreift man sehr wohl, daß die Regierung Mussolinis nach Siedlungsgebieten sucht. Die eigenen Kolonien bieten viel zu wenig Raum. Tripolis und die Libyen können jedenfalls mit der Zeit Hunderttausenden von Italienern Arbeitsmöglichkeiten bieten. Aber dafür braucht es Zeit und viel Geld. Die Erschließung des Landes mit Eisenbahnen, die Ausföhrung von Bewässerungsanlagen, alle die vielen Maßregeln zur Wiederherstellung der alten Fruchtbarkeit des Landes lassen sich nicht innert kurzer Zeit und sicher nur unter sehr hohen Kosten durchföhren. Der Faschismus arbeitet daran, mit seiner gewohnten Energie. Aber all das kann doch nur ein kleines Ausföhrsmittel sein. Die übrigen italienischen Kolonien kommen als Siedlungsgebiete nicht in Betracht, auch die neu erworbenen Landstrecken in Ostafrika nicht. So muß man eben nach andern Ländern Ausschau halten.

Welche Möglichkeiten stehen überhaupt für eine italienische Ausdehnung offen? Die Gebiete nördlich der Alpen, überhaupt alle Nachbarländer an den Landgrenzen scheiden zum vornherein aus. Hier ist keine Verwendung für neue Menschenmassen. Es bleiben in diesem Falle die überseeischen Kolonien und die verschiedenen Randgebiete des Mittelmeeres übrig. In den überseeischen Ländern sind jedoch alle für eine europäische Besiedlung brauchbaren Landstrecken bereits in festen Händen. Mit Gewalt hier irgendwie Fuß zu fassen, ist ausgeschlossen. Andere Kolonialgebiete, die aber nur für eine sehr beschränkte Zahl weißer Einwanderer Verwendungsmöglichkeiten bieten, wären schließlich bei einer günstigen politischen Gruppierung zu gewinnen. Man denke an den gegenwärtig im Fluß befindlichen Meinungsaustrausch über die ehemaligen deutschen Kolonien. Man denke an die weiten tropischen Gebiete, die in den Händen des machtlosen Portugals sich befinden. Mit solchen Erwerbungen wäre aber bloß für die imperialistischen Träume der Italiener etwas gewonnen, nicht für die praktischen Bedürfnisse des Tages. So scheiden also auch die überseeischen Gebiete aus.

Es bleibt schließlich das Mittelmeerbecken. Es ist zweifellos, daß sich die nächsten greifbaren Pläne der faschistischen Regierung mit den Ausdehnungsmöglichkeiten in diesem alten Tummelplatz der Italiener befassen. Allerlei Gerüchte schwirren darüber in der Welt herum. Wir haben aber auch ganz greifbare Anhaltspunkte. Am bittersten ist es für Italien, daß das nächstgelegene nordafrikanische Gebiet in französischen Händen liegt. Tunis, auch Algier und Marokko bieten mit ihren reichen natürlichen Hilfsquellen und ihrer spärlichen Bevölkerung heute ein geeignetes Ziel für eine europäische Besiedlung. Die Beweise dafür sind vorhanden. Die Besitzer des Landes, die Franzosen, haben aber bekanntlich die Menschen nicht, um ein solches Werk durchzuführen. Die französische Regierung macht seit vielen Jahrzehnten alle Anstrengungen, um Franzosen in diese Länder zu bringen. Sie sucht gleichzeitig den Zufluß von Arbeitskräften aus den andern menschenreichen Mittelmeerstaaten zu unterbinden. Trotzdem finden sich in den drei nordafrikanischen Provinzen Frankreichs viele Hunderttausende von Spaniern im Westen und Italienern im Osten. In Tunis leben heute allein mindestens 100.000 Italiener. Sie bilden in den Städten ganze Kolonien von Handwerkern und Kaufleuten. Sie sind für alle Bauarbeiten und überhaupt die öffentlichen Arbeiten gerade so unentbehrlich wie sie es bei uns vor dem Kriege waren. Sie haben sich aber auch als Kleinbauern durchgesetzt. Das alles geschah, trotzdem die Franzosen der Ausbreitung der Italiener alle möglichen Schwierigkeiten in den Weg legten. Franzosen selbst gibt es trotz der mächtigen Unterstützung des Staates in Tunis nicht einmal halb so viele wie Italiener. Solche Verhältnisse machen es sehr begreiflich, daß die Italiener sehnsüchtig nach dem französischen Besitz in Nordafrika hinüberblicken. Hier wäre Raum für Hunderttausende von Leuten.

Allerdings ist vorderhand keine Aussicht für die Verwirklichung dieser Wünsche vorhanden. Frankreich denkt selbstverständlich nicht daran, auch nur auf einen Quadratmeter seines Besitzes zu verzichten. Mit Gewalt kann das heutige Italien gegenüber der ersten Militärmacht Europas einstweilen nichts ausrichten. So muß man denn ohnmächtig zusehen, wie Frankreich daran geht, die italienische Kolonie in Tunis zurückzubinden. Rechnet man zu diesen Beschwerden die italienischen Absichten auf das stammverwandte Korsika, auf das früher italienische, jetzt längst französische Nizza, so erkennt man ohne weiteres, daß hier verschiedene Möglichkeiten für zukünftige Auseinandersetzungen gegeben sind. Ganz offen rechnen die aufstrebenden Italiener dem menschenarmen Frankreich vor, daß es bei seiner versiegenden Volkskraft eigentlich kein Recht auf seine reichen Kolonien habe. Man weist darauf hin, daß Frankreich sogar zur Bebauung seines eigenen verödeten Landes Millionen von Fremden heranziehen müsse. Man empfindet in Italien diesen Zustand als eine schreiende Ungerechtigkeit. Man wird solche Gedanken begreiflich finden und ihnen nicht jede Berechtigung absprechen können. Auf jeden Fall ist die Lage heute so, daß bei der ersten günstigen Gelegenheit der berühmte italienische „Sacro Egoismo“ auch gegen Frankreich wirksam werden wird. Man weiß es übrigens in Paris ganz genau und richtet sich darnach.

Ein weiteres Land mit ansehnlichen Zukunftsmöglichkeiten und einem menschenarmen und auch sonst nicht allzu kräftigen Besitzer liegt im Osten des Mittelmeeres. Es sind die kleinasiatischen Gebiete der Türkei. Alles übrige ist auch im östlichen Mittelmeerbecken in festen Händen. Italien besitzt hier bereits eine Vorpostenstellung. Es hat seit 1912 einen Teil der Inseln des ägäischen Meeres besetzt. Es ist der oft genannte „Dodekanes“, den damals die Italiener den Türken weggenommen haben. Die Bevölkerung ist abgesehen von einer geringen Zahl seither meist noch abgewanderter Mohammedaner rein griechisch. Da nun die Großmächte der Entente bekanntlich den Weltkrieg zur Befreiung der kleinen Völker geführt haben, hat Italien diese griechischen Inseln stillschweigend behalten. Es arbeitet gegenwärtig mit allen Kräften daran, sie möglichst rasch italienisch zu machen. Hier werden nun auch umfangreiche Stützpunkte für die Flotte und für die Luftstreitkräfte geschaffen. Von hier aus schweifen die italienischen Wünsche dann hinüber nach den gegenüberliegenden Küstengebieten Kleinasien. Diese sind vom Innern durch hohe unwegsame Berge getrennt. Auf sie hat Italien nach einer ganzen Reihe aus verschiedenen Quellen stammenden Nachrichten heute allen Ernstes sein Augenmerk geworfen. Wie weit die Pläne vorgeschritten sind, besonders wie weit darüber bereits eine Verständigung mit England erzielt ist, wissen wir nicht. Ohne Widerstand der Türken wird ihre Verwirklichung freilich nicht möglich sein.

Auf jeden Fall sieht sich heute Italien im Mittelmeer überall nach Ausdehnungsmöglichkeiten um. Hier wird wohl für die Dauer der Schwerpunkt der italienischen Politik liegen. Allerdings ist es dabei natürlich durchaus nicht unmöglich, daß auch an den Landgrenzen jede sich bietende Gelegenheit zur Erfüllung der sogenannten „berechtigten Aspirationen“ ausgenützt wird.

* * *

Für eine solche Mittelmeerpolitik ist eine gewisse Rückenfreiheit unbedingt erforderlich. Erklärt sich wohl daraus das Bestreben der Faschisten in Südtirol und ebenso im adriatischen Küstenland, mit der deutschen und slawischen Bevölkerung möglichst rasch reinen Tisch zu machen? Wenn das stimmen sollte, so wäre die Rechnung allerdings falsch. Das werden Mussolini die letzten Wochen zur Genüge gezeigt haben. Das italienische Vorgehen in Südtirol und vor allem die Reden Mussolinis haben vor der ganzen Welt nun die Südtirolerfrage zur Erörterung gestellt. Sie wird so rasch nicht mehr zur Ruhe kommen. Sie wird auch zwischen Deutsche und Italiener dauernd einen scharfen Reil treiben. Südtirol ist nur ein kleines Gebiet mit kaum einer Viertelmillion Bevölkerung, aber an ihm droht nun das ganze deutsch-italienische Verhältnis zu scheitern. Die beiden Länder haben im übrigen keine Gegensätze, sie ergänzen sich im Gegenteil sehr gut. Aber in Deutschland wird man sich mit der brutalen Vergewaltigung Deutsch-Südtirols nie abfinden. So erhält hier Italien dauernd eine empfindliche Druckstelle. Das wird für seine Mittelmeerpolitik höchst unangenehm sein. Schließlich kann auch der faschistische Staat nicht dauernd mit allen seinen Nachbarn in mehr oder weniger offenem Kriegszustand leben. Er wird einmal zwischen der Verfechtung und Durchsetzung seiner Lebensinteressen im Mittelmeerbecken oder der Durchzwängung der uferlosen Pläne der Nationalisten gegenüber den deutschen und slawischen Nachbarn wählen müssen. Beides miteinander läßt sich sicher nicht vereinigen.

* * *

Mit einigen Worten soll bei dieser Gelegenheit doch noch auf die Haltung der schweizerischen Presse zu dem Südtiroler Zwischenfalle eingegangen werden. Noch vor einigen Jahren hätte bei einer derart klaren Sachlage die schweizerische Presse mit Ausnahme vielleicht von ein paar offensichtlich ihr Stichwort von außen erhaltenden Blätter von der Art der „Tribune de Genève“ einhellig Stellung genommen. Diesmal ist das nicht mehr der Fall gewesen. Man hat teilweise versucht, die Angelegenheit als bloßen diplomatischen Zwischenfall zu behandeln. Man hat für die Südtiroler Zustände an verschiedenen Orten überhaupt kaum ein Wort mehr übrig gehabt. In mehreren angesehenen freisinnigen

Blättern hat man sich gar nicht mehr getraut, die Dinge beim richtigen Namen zu nennen. Denn daß man die Verhältnisse wirklich so wenig kennt, das darf man wohl kaum annehmen. Entweder hat also die Rücksicht auf das empfindliche faschistische Italien den Ausschlag gegeben oder man hat für die wirkliche Lage überhaupt kein Augenmaß mehr. Es ist doch ganz klar, daß auch mit einer Beilegung des gegenwärtigen Zwischenfalles die Südtiroler Frage nicht beigelegt ist. Im Gegenteil, je länger die gegenwärtige italienische Gewaltpolitik andauert, desto verhängnisvoller wird das deutsch-italienische Verhältnis beeinflußt werden. Der kläglichen Haltung gegenüber, die z. B. der „Bund“ eingenommen hat, sticht das Verhalten des „Journal de Genève“ sehr vorteilhaft ab. William Martin hat klar erkannt, was Südtirol für die Befriedigung Europas bedeuten kann und bedeuten muß und er hat auch den Mut aufgebracht, diese Erkenntnis deutlich zum Ausdruck zu bringen.

Marau, den 19. Februar 1926.

Hektor Ammann.

Die antiparlamentarische Bewegung in Frankreich.

Verschiedene Umstände drohen das so sehr an Herkommen und Stetigkeit gewohnte französische Volk, das viel mehr als irgend ein anderes durch die Störung seiner äußeren Verhältnisse geängstigt wird, aus dem Gleichgewicht zu bringen. Es sind dies nicht nur die nichterfüllten Friedenshoffnungen, die Vertiefung der Gegensätze zwischen Nationalismus und Kommunismus, sondern vor allem auch die immer stärker anschwellende Bewegung gegen das bestehende parlamentarische System. Allerdings hat die dritte Republik und ihre radikale Gouvernementsform zu allen Zeiten unversöhnliche, prinzipielle Gegner gehabt. Jedoch, wie kam es, daß diese Gegnerschaft heute zu einem einflußreichen Faktor im öffentlichen Leben geworden ist?

Die französische Kammer hat in den letzten Wochen Ungeschicklichkeiten begangen, die bei uns in Bern und selbst im deutschen Reichstag kaum überboten werden können. In dem Augenblick schwerster Krisis erachteten es die Deputierten im Palais Bourbon für opportun, ihre eigenen Diäten um mehr als die Hälfte zu erhöhen. Aber nicht genug damit, wurde bald nachher ein anderer salomonischer Antrag angenommen, dahingehend, daß künftig im „Journal officiel“ darüber Auskunft stehen sollte, wieviel Vermögen, wieviel Einkommen und welche Geschäftsverbindungen die französischen Volksvertreter hätten, wieviel sie jährlich für ihre Wohnungen ausgaben und wieviele Automobile in ihren Garagen stünden! Von den 400 anwesenden Deputierten wagten jedoch nur zwei, gegen diese sich selber auferlegte Proskription aufzutreten. In beiden Fällen gab die öffentliche Meinung den Parlamentariern zu verstehen, daß sie mit solchen Beschlüssen gar nichts für die Säuberung der Demokratie beitrügen, wohl aber die Geltung des Parlamentes beim Volke heillos kompromittierten.

Zu diesen bösen Taktfehlern aber kamen die endlosen Beratungen der Finanz- und Steuergesetze. Daß man tagelang um den Absatz II des Artikel 79 streitet und ob einem einzigen Paragraphen Ministerkrisen veranstaltet, das will dem Franzosen, der das berauschte Pathos und den Schwung klarer und kühner Gedanken über alles liebt, nicht einleuchten.

So hat in den vergangenen Wochen zweifellos die Abneigung gegen das Parlament und gegen den parlamentarischen Betrieb gewaltig zugenommen. Eine tiefe Parlamentsmüdigkeit geht durch das Volk. Bürger und Arbeiter, die bei viel nüchternen Propagandareden gewiß nicht fehlen wollten, fragen, ob es wirklich notwendig ist, daß man in der Deputiertenkammer so viel redet; Zeitungen, die der parlamentarischen Demokratie durchaus nicht feindlich gegenüberstehen, sprechen schon seit Wochen vom „desordre“ des Parlamentes. Witzbolde haben sogar Tabellen angefertigt, nach denen jedesmal, wenn die Kammer zusammentritt, der Franken fällt, und jedesmal, wenn die Deputierten in die Ferien gehen, die Währung sich erholt. Das alles bestärkt den politisch auf-

geweckten und skeptischen französischen Zeitungsleser in seinem eigenen Zweifel: Wie lange wird noch weiter so Politik getrieben, wann wird endlich „irgend etwas geschehen“? Diese Zweifelsstimmung ist bisher bei den großen Massen nicht über untätige Negation und resignierte Unzufriedenheit hinausgekommen. Der tätige Wille, die bestehende Staatsform gewaltsam zu ändern, bleibt vorläufig auf die Kommunisten und auf die extremen klerikal-konservativen Kreise beschränkt. Von der äußersten Linken her ist die Gefahr eines Umsturzes sehr klein. Außerhalb der Pariser Arbeiterviertel, besonders in St. Denis, haben diese Leute keinen besorgniserregenden Zulauf. Sie mögen wohl für die Pariser Straße als Stoßtrupp dienen, aber, trotz des Riesenschattens des Bolschewisten Doriot, bilden sie keine ernsthafte Gefahr für den Parlamentarismus.

Nicht so harmlos, weil ernst zu nehmen, und vor allem zahlenmäßig nicht so schwach, sind die antiparlamentarischen Kreise, die von rechts her aufmarschieren. — Als Urzelle der rechtsradikalen Verbände kann die royalistische „Action française“ gelten, die wohl immer noch, besonders in der Provinz, die am strengsten organisierte Gruppe ist und in ihren „Camelots du Roi“ höchst zuverlässige und wetterfeste Kohorten besitzt. 1907 wurde, nach der „Prüfung von Agadir“ (Albert de Mun) und den Bürgerkriegsnöten der Drehfußzeit, die Action française gegründet und in ihr der Grundsatz: Zuerst Politik, dann Reaktion! weiteren Kreisen eingehämmert. Die Camelots du Roi begannen ihre rücksichtslose Propaganda der Tat. Ihrem Ziele nach — Wiederherstellung eines ständisch-konstitutionellen Königtums unter dem, mit der Erzherzogin Maria verheirateten, Louis Philipp, Herzog von Orleans — kann man die Action française nicht als ausgesprochen antiparlamentarisch ansehen; sie ist es aber ihrer Wirkung nach. Ihre tägliche Auflage beträgt ca. 40.000 und übersteigt heute zum Beispiel die des „Quotidien“. Von den deutschen Königsmachern unterscheidet sie sich zweifellos durch ein viel höheres geistiges Niveau. Ihr Leiter, Léon Daudet, der Sohn Alphonse Daudet's, darf als Literat ruhig zu den Besten der französischen Moderne gerechnet werden (er ist Mitglied der Akademie Goncourt); jeder seiner täglichen Brandartikel ist ein journalistisches Meisterwerk. Die Prozesse um den mysteriösen Tod seines Sohnes Philipp aber haben ein grelles Schlaglicht darauf geworfen, wie gefährlich und skrupellos er die Verquickung von menschlichen und politischen Motiven auszunützen versteht. Nichts illustriert besser Daudet's Ansehen, als das Interesse, das der Prozeß im ganzen Lande gefunden hat, die Art und Weise, wie in Frankreich die Rechtspresse und die spezifisch religiösen Organe ihm Gefolgschaft geleistet haben. Neben ihm steht als durchgeistigster und systematischer Kämpfer Charles Maurras, dessen Lehre — Verbindung des Katholischen und Reaktionär-Monarchistischen, herrenmenschliche Bekämpfung des auf Autorität und Freiheit begründeten Volksstaates — vor allem in den Universitäten immer mehr Anhänger gewinnt. Neben diesen beiden Führern sei aber auch noch an Bainville (Histoire de la France) und Barthélemy erinnert, welcher letzterer vor einiger Zeit als Dekan der juristischen Fakultät der Sorbonne durch seinen Kampf gegen den radikalen Dozenten Scelle in der Öffentlichkeit bekannt geworden ist. Gesellschaftlich rekrutiert sich die Action française aus den Kombattanten, der Universitätsjugend, aus dem Geld- und Geburtsadel.

Aus dieser reaktionären Gruppe, die bewußt das Gestern wiederherstellen will, hat sich als revolutionäre Gruppe unter dem Finanztheoretiker Georg Valois die eigentlich faschistische Organisation abgespalten, die allerdings an Stelle von Schwarzhemden die blauen Hemden bevorzugt. Seit einem Jahr wuchsen Ligen, Legionen, Faisceaux wie Pilze aus dem Boden, und niemand wußte recht, wohin das führen sollte. Erst die vor einigen Monaten mit großer Reklame inszenierte Herausgabe einer neuen Zeitung „Le nouveau siècle“ hat eine Klärung herbeigeführt: Das unverhüllte Ziel nämlich, dem Lande mit Hilfe dieser Frontkämpferorganisationen einen Diktator zu schenken, der aber nicht Philipp VII. ist.

Ruhiger, aber zahlenmäßig bedeutend stärker als diese extremen Verbände sind die Organisationen der Rechten, die unter weniger klarer Flagge sich an

das Bürgertum heranmachen, um bei passender Gelegenheit das Heft in die Hand zu bekommen. Wohl die aktivste dieser Gruppen sind die „Jeunes patriotes“, die von Déroulède begründet und gegenwärtig von Taittinger, einem jungen, maßlos ehrgeizigen Deputierten, geführt werden. Das innerpolitische Ziel ist die Befreiung Frankreichs vom Linkskartell und von der demokratisch-parlamentarischen Unordnung. Wie weit diese Patrioten beim Ordnungsmachen gehen wollen, wird allerdings verschwiegen. Das publizistische Organ Taittinger's, das große Pariser Abendblatt „La Liberté“, liebäugelt aber mit den faschistischen Bestrebungen aller Nuancen. Unter den Führern dieser Jugendbewegung, die auch besondere weibliche Verbände unterhält, findet sich der junge Barrès, der Sohn des geistigen Apostels der Action française, des verstorbenen Maurice Barrès, der nicht nur als Mitglied der Akademie, sondern auch als Mitglied der Kammer während des Krieges einen ungeheuren Einfluß ausübte. Eine Art Ersatzmannschaft für die „Jeunes patriotes“ bilden die Jugendverbände der größten aller, gegen das jetzige System gerichteten Gruppen, der „Ligue catholique“. Deren Präsident General Castelnau, der im Kriege zuletzt eine Armee führte, versteht es wie kein zweiter, in der Vendée, im Süden von Frankreich, dann auch in der Bretagne, Riesenversammlungen der Bauern zu veranstalten, und ihnen immer wieder die Gottlosigkeit des jetzigen Regimes und die Macht der Freimaurerei in diesem System in Erinnerung zu rufen. So gelingt es den „Jeunes patriotes“, auf dem Umwege über den Merkantilismus auch auf dem Lande Eroberungen zu machen.

Ein Verband für die gereizteren, politischen Gegner der heutigen Ordnung ist die „Ligue républicaine“, deren Führung der frühere Präsident der Republik und noch frühere Sozialist, Alexandre Millerand, inne hat. In dem Blatte Millerand's, dem neuerdings dem „Eclair“ verschmolzenen „Avenir“, wird ebenfalls konsequent gegen das Parlament und für die legale Diktatur agitiert; doch würden diese Leute, hinter denen als Finanzierungs-Institut die bekannte „Union des Intérêts Economiques“ des Senators Billiet steht, sich wohl auch mit dem parlamentarischen Regime abfinden, wenn der Bloc National nur wieder an die Macht käme. Eine andere publizistisch-politische Gruppe schart sich ebenfalls um einen Apostata, den ehemals wütenden Pazifisten Hervé, der in seiner „Victoire“ unentwegt, wenn auch unter Ausschluß der Öffentlichkeit, die Kriegs- und sonstigen Gegner zu Boden streckt.

Das Bild der radikalen Rechten in Frankreich ist, wie man sieht, recht buntschedig. Mit Ausnahme der sehr starken katholischen Liga General Castelnau's sind die Verbände ziffernmäßig durchweg nicht stark, reichen sie doch nirgends über 100.000 Mitglieder hinaus. Aber bei der Abneigung der Franzosen gegen Organisationen würde die, zum Beispiel für deutsche Begriffe, geringe Mitgliederzahl nichts besagen. Denn es ist bezeichnend für französische Verhältnisse, daß eine ganze Reihe von hervorragenden Persönlichkeiten — es sei hier nur an den um Frankreich hochverdienten Marschall Lyautey, an Korhphäen der Literatur, wie Paul Claudel, den Botschafter in Tokio, und Henri Bordeaux erinnert — jede selbständig einen zähen und oft haßerfüllten Kampf gegen den heutigen Parlamentarismus führen. (Man erinnert sich vielleicht noch der souveränen Verachtung, mit der Lyautey als Kriegsminister im März 1917 das Parlament behandelte.) Aber auch zahlreiche Zeitungen („Dépêche de Toulouse“, „Echo de Paris“, „Candide“), die parteipolitisch farblos sind und keiner Organisation dienen, zerzausen die Glorie der dritten Republik immer heftiger. Sogar der vornehme „Journal des Débats“ wird immer mehr in die Opposition gedrängt.*) Unter den Monatschriften ist es vor allem die berühmte „Revue des deux mondes“, dann aber auch die „Revue de Paris“, deren prominenter Mitarbeiter Comte de Fels das Buch „La Révolution en marche“ herausgegeben hat, die in feindlicher Haltung zum heutigen System

*) Die in dieser Hinsicht vom „Figaro“ und seinem Chefredaktor Romier eingenommene Haltung ist in den Monatsheften (Januar-Heft, pag. 593 f.) schon erwähnt worden.

verharren. Aus der Zahl und vor allem aus der Herkunft dieser vielen, selbständig geführten Kampfansagen ersieht man, daß die nicht sehr große Mitgliederzahl der einzelnen, aktiven Organisationen bedeutungslos ist. Viel schlimmer ist es für sie, daß sie bisher keinen Mann gefunden haben, um den sie sich alle scharen könnten, daß sie keinen Diktator präsentieren können. Trotz der Zugkraft schöpferischer Gedanken, können die größten Geldmittel eine überragende Persönlichkeit und die damit verbundene Einheit doch nicht ersetzen. Daher droht dem französischen Parlamentarismus heute noch auch von dieser Seite keine akute Gefahr.

Diese wächst aber mit jedem Tage, an dem das Parlament sich weiter unfähig erweist, und wird zur großen Gefahr werden, wenn das Parlament nicht imstande sein wird, die Inflation oder eine schwere Stabilisierungskrise zu überwinden.

Hermann Hagenbuch.

Bücher-Rundschau

Ostfragen.

Im ganzen östlichen Europa, vom baltischen bis zum ägäischen Meere, tobt heute der Kampf der Nationen. In dem breiten Streifen zwischen dem geschlossenen deutschen und dem großrussischen Sprachgebiet hat er wohl noch eine größere Bedeutung als die soziale Auseinandersetzung. Fast überall ist auch deutsches Volkstum hinein verwickelt. Die Rollen sind dabei gegenüber der Lage an der deutschen Westgrenze gerade vertauscht. Im Westen gibt der stärkere Geburtenüberschuß den Deutschen die größere Stoßkraft, im Osten ringt das deutsche Volkstum gegen die Überflutung durch die kinderreicheren slawischen Stämme. Jetzt kommt dazu die Ungunst der politischen Lage. Die Deutschen können diesen schwerwiegenden Nachteilen gegenüber nur aus ihrer älteren, gefestigteren Kultur und meist auch aus ihrer stärkeren wirtschaftlichen Stellung eine gewisse Hilfe gewinnen. Trotzdem steht gegenwärtig das deutsche Volkstum an der Ostgrenze des geschlossenen Sprachgebiets und auf allen vorgeschobenen Posten in einem Kampf auf Leben und Tod.

Diese gespannte Lage findet ihren Niederschlag gerade wie im Westen in einer gesteigerten wissenschaftlichen Beschäftigung mit den verschiedensten Verhältnissen der umkämpften Gebiete. Sie zeitigt auch kulturelle Höchstleistungen, wie sie unter andern Umständen nur in Ausnahmefällen erreicht werden. Eine Reihe von Neuerscheinungen, die für beides Zeugnis ablegen und die alle in den letzten Monaten erschienen sind, möchte ich hier zusammenfassend besprechen und der Aufmerksamkeit empfehlen.

An die Spitze gehört mit Fug und Recht das große Handbuch über die Tschechoslowakei von Hugo Hassinger, dem Inhaber des geographischen Lehrstuhls der Universität Basel.¹⁾ Wir besitzen bis heute kein auch nur annähernd gleichwertiges Werk über irgend einen der neu entstandenen Staaten des Ostens. Wir können auch ruhig sagen: Hätten wir nur etwas ähnliches einmal über die Schweiz! Auf mehr als 600 Seiten großen Formats ist hier ein gewaltiges Tatsachenmaterial in klarster Weise zusammengefaßt. Wer in Zukunft über irgend eine Einzelheit der Landeskunde oder der staatlichen Verhältnisse der Tschechoslowakei Bescheid erhalten will, der wird ihn hier finden. Was aber das Werk von vielen andern ähnlicher Art unterscheidet, das ist die eingehende Berücksichtigung der Bevölkerungsverhältnisse, des nationalen Kampfes und der gesamten politischen Zustände überhaupt. Über diese muß man sich sonst mü-

¹⁾ Hugo Hassinger: Die Tschechoslowakei. Ein geographisches, politisches und wirtschaftliches Handbuch. Wien, Nikola-Verlag, 1925. Geb. 20 Mk.